

## 40. Jahrestag des Akts von 1976 über die Direktwahl zum Europäischen Parlament

### ZUSAMMENFASSUNG

Vom 7. bis zum 10. Juni 1979 wurde die erste allgemeine unmittelbare Wahl zum Europäischen Parlament abgehalten, womit das lange und mühsame Streben nach mehr Demokratie in der Europäischen Gemeinschaft endlich von Erfolg gekrönt wurde. Die Bemühungen reichten in der Tat schon zwei Jahrzehnte zurück, war doch der erste Entwurf eines Abkommens über die Wahl des Europäischen Parlaments in allgemeiner direkter Wahl bereits 1960 von Fernand Dehousse vorgelegt worden. Schon in den Römischen Verträgen waren unmittelbare Wahlen zum Europäischen Parlament vorgesehen. Gleichwohl zeigte Dehousses Vertragsentwurf kaum Wirkung, und erst 1972, als die Bemühungen um eine Europäische Union Aufwind bekamen, war man der Ansicht, es sei an der Zeit, tätig zu werden.

Bis dahin war jedoch so viel Zeit vergangen, dass der Entwurf aktualisiert werden musste. Mit dieser Aufgabe wurde 1973 Schelto Patijn betraut, und im Januar 1975 lag ein neuer Vertragsentwurf über die allgemeine und unmittelbare Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments vor. Da befürchtet wurde, dass auch diese Bemühungen wieder im Sande verlaufen könnten, versuchte das Parlament mit allen Kräften, die Umsetzung des Vertragsentwurfs voranzutreiben. Im Vorfeld mehrerer Tagungen des Rates in den Jahren 1975 und 1976, aber auch im Anschluss daran, zeigte sich das Europäische Parlament enttäuscht über die Untätigkeit des Rates.

Eine gemeinsame Anstrengung der Parlamentsmehrheit bewirkte, dass der Rat am 20. September 1976 den Vertragsentwurf unterzeichnete und so zum Rechtsakt machte. Dies galt angesichts der umfangreichen Lobbyarbeit, die das Europäische Parlament hatte leisten müssen, als großer Erfolg, doch die Mitglieder des Europäischen Parlaments erkannten, dass dies erst der Anfang war; denn viele Fragen zur Wahlorganisation waren noch ungeklärt.



Europawahl, 1976

### Inhalt dieser Kurzdarstellung:

- Die Verträge und der Abkommensentwurf von 1960
- Der Vertragsentwurf von 1974
- Erste Entschließungsanträge
- Endfassung und Verabschiedung
- Änderungen des Aktes über Direktwahlen

## Die Verträge und der Abkommensentwurf von 1960

In dem Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl wurde es den Mitgliedstaaten freigestellt, ihre Vertreter in der Gemeinsamen Versammlung zu ernennen oder sie in allgemeiner direkter Wahl wählen zu lassen. Widerrufen wurde dies in den Römischen Verträgen, in denen den Mitgliedstaaten der Auftrag erteilt wurde, ihre Vertreter zu ernennen. Jedoch wurden in Artikel 138 Absatz 3 für die Zukunft „allgemeine unmittelbare Wahlen nach einem einheitlichen Verfahren“ vorgesehen. Fernand Dehousse hatte bis 1960 für den Ausschuss für politische Angelegenheiten und institutionelle Fragen des Europäischen Parlaments einen Entwurf eines Abkommens über die Wahl des Europäischen Parlaments in allgemeiner direkter Wahl ausgearbeitet, der vom Europäischen Parlament angenommen wurde.<sup>1</sup>



Fernand Dehousse im Oktober 1960

Es verging jedoch mehr als ein Jahrzehnt, ohne dass bei der Umsetzung der angenommenen Entschließung Fortschritte erzielt wurden. In dieser Zeit traten Irland, das Vereinigte Königreich und Dänemark der Gemeinschaft bei, und auf dem Pariser Gipfeltreffen im Jahr 1972 wurde das Projekt der Schaffung einer Europäischen Union auf den Weg gebracht. Es wurde beschlossen, dass der Abkommensentwurf von 1960 aktualisiert werden müsse.<sup>2</sup>

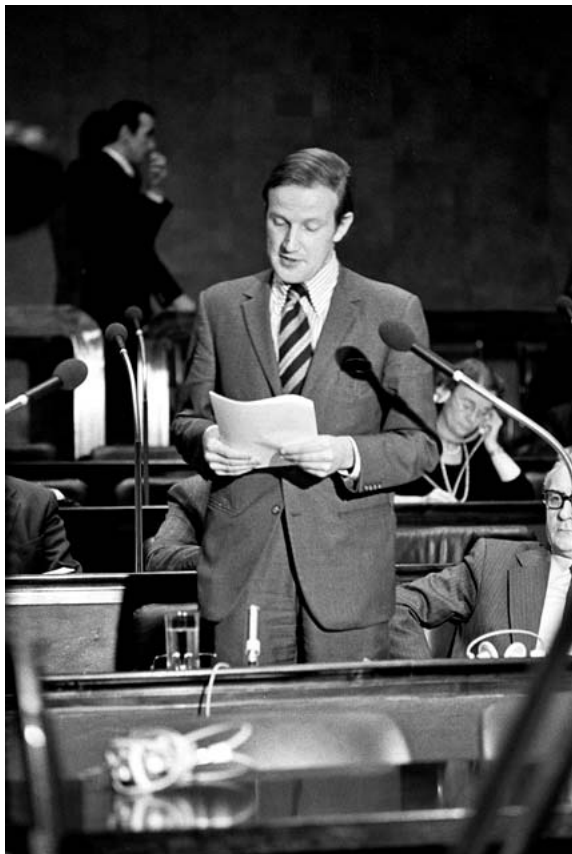
## Der Vertragsentwurf von 1974 und der Bericht von Schelto Patijn

Im November 1974 legte Schelto Patijn als Berichterstatter des Politischen Ausschusses nach mehr als einjähriger harter Arbeit<sup>3,4</sup> einen neuen ersten Entwurf eines Vertrages zur Direktwahl des Europäischen Parlaments vor.<sup>5,6</sup> Darin enthalten waren die Änderungen, auf die sich die Mitglieder des Parlaments geeinigt hatten. In Teil I wurden die praktischen Einzelheiten der Durchführung direkter Wahlen skizziert, wozu die Begründung, technische

Fragen, Zuständigkeiten für die Durchführung und ein möglicher Wahltermin zählen. In Teil II wurden die Ereignisse seit 1960 und die wesentlichen Probleme des Vertragsentwurfs zusammengefasst.

Im Januar 1975 wurde der Entwurf eines Vertrags zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Mitglieder des Europäischen Parlaments vorgelegt.<sup>7</sup> Darin enthalten waren ein Entschließungsantrag und eine ausführliche Begründung sowie eine Stellungnahme von Hans Lautenschlager im Namen des Rechtsausschusses.<sup>8,9</sup> In der Entschließung wurden die praktischen Einzelheiten der Durchführung, die Anzahl der Sitze, die Dauer der Wahlperiode, das Wahlverfahren und die Übergangsbestimmungen umrissen. In der Begründung wurde die Aktualisierung des Entwurfs von 1960 gerechtfertigt und im Einzelnen auf die Hauptunterschiede zwischen den beiden Fassungen eingegangen. Enthalten war überdies eine Zusammenfassung des im Mai 1960 angenommenen Berichts. Zudem wurde in der Begründung anhand wichtiger Ereignisse seit jener Zeit deutlich gemacht, dass nach Vorlage des ursprünglichen Abkommensentwurfs herzlich wenig geschehen war. Als Fazit wurden in dem Bericht mögliche Probleme angesprochen, unter anderem das Wahlverfahren, die Verbindungen mit den nationalen Parlamenten, Unvereinbarkeitsbestimmungen, die Anzahl der Abgeordneten und die Übergangsregelungen. In seiner Stellungnahme erörterte der Rechtsausschuss zwar technische Aspekte, hielt aber den Vertragsentwurf letztendlich für rechtlich einwandfrei.

Auf die Veröffentlichung des offiziellen Vertragsentwurfs am 13. Januar 1975<sup>10</sup> folgte eine Aussprache im Parlament.<sup>11,12</sup> Schelto Patijn eröffnete diese, indem er seine Meinung zu Fragen wie dem einheitlichen Wahlverfahren oder den erforderlichen weiter reichenden Befugnissen des Parlaments darlegte und ankündigte, man werde es keinesfalls dulden, dass der Rat die Unterzeichnung des Entwurfs hinauszögere. Nach Hans Lautenschlager und dem Präsidenten der Kommission, François-Xavier Ortoli, ergriffen Vertreter der einzelnen Fraktionen das Wort. Später wurde die allgemeine Aussprache eröffnet. Insgesamt lagen die Standpunkte der Mitglieder des Europäischen Parlaments nicht allzu weit auseinander. Es bestand allgemeines Einvernehmen über die erforderliche Abschaffung von Doppelmandaten, die Notwendigkeit, die Wahl zeitgleich in ganz Europa durchzuführen, sowie die Bedeutung, den vereinbarten Zeitplan einzuhalten. Auch über die Zahl der Sitze und darüber, dass ein einheitliches Wahlsystem zu einem späteren Zeitpunkt festgelegt werden könnte, war man sich einig. Die Europäische Konservative Fraktion vertrat jedoch die Auffassung, dass das Doppelmandat nicht abgeschafft werden sollte. Die Fraktion der Europäischen Demokraten für den Fortschritt stellte den Zeitpunkt der Direktwahl infrage, da das Parlament nicht mehr Befugnisse erhalten habe.



Schelto Patijn während einer Aussprache im Plenum über den Vertrag zur Einführung allgemeiner Wahlen der Mitglieder des Europäischen Parlaments, 14. Januar 1975

## Erste Entschließungsanträge

Am 11. März 1976 wurde im Parlament ein Entschließungsantrag erörtert und angenommen, den mehrere Fraktionen eingereicht hatten (Sozialistische Fraktion, Christlich-demokratische Fraktion, Fraktion der Liberalen und Nahestehenden sowie die Europäische Konservative Fraktion) und in dem der Rat eindringlich aufgefordert wurde, auf seiner Tagung im April 1976 eine endgültige Entscheidung über den Entwurf zu treffen.<sup>13,14,15</sup> Wieder ergriff Schelto Patijn das Wort. Er erklärte, dass die wichtigste noch ungeklärte Frage die der Zahl der Sitze des Parlaments sei, und forderte den Rat nachdrücklich auf, den Entwurf im Interesse der Schaffung eines demokratischeren Europas zu billigen.

Nach einer Ratstagung legte dieselbe fraktionsübergreifende Allianz einen weiteren Entschließungsantrag am 6. April 1976 vor, der ebenfalls erörtert und am 7. April 1976 angenommen wurde. Darin wird bedauert, dass der Rat keine endgültige Entscheidung getroffen habe.<sup>16,17,18</sup> Der amtierende Präsident des Europäischen Rates, Gaston Thorn, wandte sich an das Parlament und versicherte den Mitgliedern des Europäischen Parlaments, man unterstütze zwar den Entwurf, es gebe aber Meinungsverschiedenheiten über die Sitzverteilung. Im weiteren Verlauf der Aussprache im Parlament wurde der tiefen Enttäuschung über die Untätigkeit des Rates Ausdruck verliehen.

Nach Ansicht der Christlich-demokratischen Fraktion waren die Bürger enttäuscht worden, und die Fraktion der Europäischen Demokraten für den Fortschritt machte geltend, dass die Europäische Gemeinschaft Rückschritte mache und der Rat seine Rolle erst noch finden müsse. Die Europäische Konservative Fraktion zeigte sich enttäuscht, äußerte aber die Hoffnung, dass das nächste Ratstreffen erfolgreicher verlaufen werde. Die Fraktion der

Kommunisten und Nahestehenden war der Ansicht, dass das Scheitern keine Überraschung sei, sondern vielmehr Ausdruck der tiefen Krise der europäischen Politik, die Großunternehmen fördere.

Im Juni legte dieselbe fraktionsübergreifende Allianz einen weiteren Entschließungsantrag vor, der erörtert und angenommen wurde und in dem der Rat aufgefordert wird, die Zahl der Sitze auf 350 bis 400 festzulegen.<sup>19,20,21</sup>



Demonstration für Direktwahlen vor dem in Brüssel tagenden Europäischen Rat, 12. Juli 1976

## Endfassung und Verabschiedung

Zwischen dem 13. und dem 15. September 1976 legte Schelto Patijn im Namen des Politischen Ausschusses einen endgültigen Entschließungsantrag vor, in dem einmal mehr bedauert wird, dass der Rat es versäumt habe, den Entwurf in seiner Juli-Tagung zu unterzeichnen. Es sei jedoch entschieden worden, den Entwurf am 20. September 1976 zu billigen, und Schelto Patijn machte geltend, dass eine weitere Verzögerung den Zeitpunkt der Direktwahl gefährde. Der amtierende Ratspräsident Laurens Jan Brinkhorst versicherte dem Parlament, dass der Vertragsentwurf in fünf Tagen unterzeichnet werde. Schelto Patijn richtete das Augenmerk auf die Arbeit, die nach der Unterzeichnung noch vor ihnen liege. Andere griffen den Gedanken, dass noch harte Arbeit geleistet werden müsse, auf, und insgesamt strahlten die Fraktionen Optimismus aus. Gwyneth Dunwoody von der Sozialistischen Fraktion und Gérard Bordu von der Fraktion der Kommunisten und Nahestehenden sprachen sich allerdings grundsätzlich gegen eine allgemeine unmittelbare Wahl aus, wobei letzterer diese sogar als pseudodemokratisch bezeichnete.



Georges Spénale und Schelto Patijn bei einer Pressekonferenz zur Einigung über die Einführung der Direktwahl zum Europäischen Parlament, 20. September 1976

Der Vertragsentwurf wurde vom Rat als Rechtsakt vom 20. September 1976 offiziell angenommen. Die Mitgliedstaaten jedoch setzten die Ratifizierung des Rechtsaktes nur zögerlich um, und der Termin für die Direktwahl wurde schließlich auf die Zeit vom 7. bis 10. Juni 1979 festgelegt.<sup>22</sup>



Plakat zur Europawahl 1979

## Änderungen des Aktes über Direktwahlen

Am 28. September 2015 legten Danuta Maria Hübner und Jo Leinen einen Bericht über die Reform des Wahlrechts der Europäischen Union vor, der vom Ausschuss für konstitutionelle Fragen angenommen wurde.<sup>23</sup>

Darin wird gefordert, das Wahlverfahren vor der Wahl im Jahr 2019 zu reformieren und vor allem dafür zu sorgen, dass der Bekanntheitsgrad der europäischen politischen Parteien verbessert wird, dass einheitliche Mindestfristen für die Erstellung und Veröffentlichung der Wahllisten gelten und dass Abstimmungsregeln für Bürger mit Wohnsitz in Drittstaaten sowie für Brief- und Onlinewahl festgelegt werden. Überdies wird ein einheitlicher Schwellenwert für den Einzug ins Parlament vorgeschlagen.

In der Begründung wird auf frühere Beschlüsse über das Wahlverfahren eingegangen. Seit 1992 hat das Europäische Parlament aufgrund des Vertrags von Maastricht das Recht, seine Zustimmung zu Ratsbeschlüssen über das einheitliche Verfahren zu geben, und den Bürgern steht es frei, ihre Stimme in einem beliebigen Mitgliedstaat abzugeben. Im Vertrag von Amsterdam aus dem Jahr 1997 erhielt das Europäische Parlament ein umfangreicheres Mandat für eine Wahlrechtsreform, das auch von den Mitgliedstaaten einzuhaltende einheitliche Grundsätze umfasste. Im Vertrag von Lissabon aus dem Jahre 2007 wurde der Status der Mitglieder des Europäischen Parlaments insofern aufgewertet, als sie gemäß Artikel 10 und 14 EUV unmittelbare Vertreter der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger und nicht mehr nur Vertreter „der Völker der in der Gemeinschaft zusammengeschlossenen Staaten“ (gemäß dem früheren Artikel 189 EG-Vertrag) sind.

Das Sekundärrecht hat ebenfalls Einfluss auf den Akt genommen, und zwar in Bezug auf das aktive und passive Wahlrecht, die Regeln für die politischen Parteien und ihre Finanzierung sowie ihre Rechtspersönlichkeit auf europäischer Ebene. Die einzige unmittelbare Reform des Akts seit 1976 fand 2002 statt. Damals wurden die Mitgliedstaaten aufgefordert, die Wahlen nach dem Verhältniswahlsystem auf der Grundlage von Listen oder von übertragbaren Einzelstimmen abzuhalten und Doppelmandate abzuschaffen.

## Endnote

<sup>1</sup> Piodi, Franco, *Der Weg zu den Direktwahlen des Europäischen Parlaments, Schriftenreihe Cardoc*, Sonderausgabe, Europäisches Parlament, Archiv- und Dokumentationszentrum (Cardoc), März 2009, S. 13 ff.

<sup>2</sup> Piodi, Franco, a. a. O., S. 32 ff.

<sup>3</sup> Politischer Ausschuss, Direkte Wahlen zum Europäischen Parlament - Einige Arbeitshypothesen des Berichterstatters. Verfasser: Schelto Patijn, Dok. HAEP, PE0 AP RP/POLI.1961 A0-0368/74 0260.

<sup>4</sup> Politischer Ausschuss, Erster Entwurf eines Berichts in Form eines Fragebogens zum Problem der Direktwahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments. Verfasser: Schelto Patijn, Dok. HAEP, PE0 AP RP/POLI.1961 A0-0368/74 0270.

<sup>5</sup> Politischer Ausschuss, Entwurf eines Berichts über die Vorlage einer neuen Konvention zur Direktwahl des Europäischen Parlaments. Teil I. Berichterstatter: Schelto Patijn, Dok. HAEP, PE0 AP RP/POLI.1961 A0-0368/74 0210.

<sup>6</sup> Politischer Ausschuss, Entwurf eines Berichts über die Vorlage einer neuen Konvention zur Direktwahl des Europäischen Parlaments. Teil II. Berichterstatter: Schelto Patijn, Dok. HAEP, PE0 AP RP/POLI.1961 A0-0368/74 0220.

<sup>7</sup> Allgemeine unmittelbare Wahlen der Mitglieder des Europäischen Parlaments: Entwurf eines Vertrags mit Begründung, Dok. HAEP, PE0 AP RP/POLI.1961 A0-0368/74 0230.

<sup>8</sup> Piodi, Franco, a. a. O., S. 33 ff.

<sup>9</sup> Rechtsausschuss, Stellungnahme über die rechtlichen Aspekte der allgemeinen unmittelbaren Wahlen der Mitglieder des Europäischen Parlaments, Verfasser der Stellungnahme: Hans Lautenschlager, Dok. HAEP, PE0 AP RP/POLI.1961 A0-0368/74 0020.

- <sup>10</sup> Politischer Ausschuss, Bericht über die Annahme des Entwurfs eines Vertrages zur Einführung allgemeiner unmittelbarer Wahlen der Mitglieder des Europäischen Parlaments. Berichterstatter: Schelto Patijn, Dok. HAEP, PEO AP RP/POLI.1961 A0-0368/74 0010.
- <sup>11</sup> Aussprache des Europäischen Parlaments vom 14. Januar 1975 über den Vertrag zur Einführung allgemeiner Wahlen der Mitglieder des Europäischen Parlaments, Dok. HAEP, PEO AP DE/1974 DE19750114-01 9900, PEO AP DE/1974 DE19750114-02 9900., S. 36 ff.
- <sup>12</sup> Protokoll der Sitzung vom Dienstag, 14. Januar 1975, ABl. C 32 vom 11.2.1975, S. 12 ff.
- <sup>13</sup> Entschließungsantrag [...] zu den unmittelbaren Wahlen für das Europäische Parlament im Jahre 1978, vorgelegt von Fellermaier, Bertrand, Durieux und Kirk, Dok. HAEP, PEO AP PR B0-0011/76 0010.
- <sup>14</sup> Aussprache des Europäischen Parlaments vom 11. März 1976 zu den allgemeinen unmittelbaren Wahlen für das Europäische Parlament, Dok. HAEP, PEO AP DE/1976 DE19760311-01 9900, S. 114 ff.
- <sup>15</sup> Protokoll der Sitzung vom Donnerstag, 11. März 1976, ABl. C 79 vom 5.4.1976, S. 26 ff.
- <sup>16</sup> Entschließungsantrag [...] zu den allgemeinen unmittelbaren Wahlen für das Europäische Parlament, vorgelegt von Fellermaier, Bertrand, Durieux und Kirk, Dok. HAEP, PEO AP PR B0-0045/76 0010.
- <sup>17</sup> Aussprache des Europäischen Parlaments vom 7. April 1976, Erklärung des amtierenden Präsidenten des Europäischen Rates über dessen Tagung, Dok. HAEP, PEO AP DE/1976 DE19760407-01 9900, S. 100 ff.
- <sup>18</sup> Protokoll der Sitzung vom Mittwoch, 7. April 1976, und Entschließung zu den allgemeinen unmittelbaren Wahlen für das Europäische Parlament, ABl. C 100 vom 3.5.1976, S. 19 und 24.
- <sup>19</sup> Entschließungsantrag [...] zu den allgemeinen unmittelbaren Wahlen für das Europäische Parlament, vorgelegt von Fellermaier, Bertrand, Durieux und Kirk, Dok. HAEP, PEO AP PR B0-0174/76 0010.
- <sup>20</sup> Aussprache des Europäischen Parlaments vom 16. Juni 1976 zu den allgemeinen unmittelbaren Wahlen für das Europäische Parlament, Dok. HAEP, PEO AP DE/1976 DE19760616-02 9900, S. 125 ff.
- <sup>21</sup> Protokoll der Sitzung vom Mittwoch, 16. Juni 1976, und Entschließung zu den allgemeinen unmittelbaren Wahlen für das Europäische Parlament, ABl. C 159 vom 12.7.1976, S. 18 und 23.
- <sup>22</sup> Piodi, Franco, a. a. O., S. 36 ff.
- <sup>23</sup> Bericht über die Reform des Wahlrechts der Europäischen Union (2015/2035(INL)), Ko-Berichterstatter: Danuta Maria Hübner und Jo Leinen, siehe: <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-%2f%2fEP%2f%2fTEXT%2bREPORT%2bA8-2015-0286%2b0%2bDOC%2bXML%2bV0%2f%2fDE&language=DE> [Letzte Aktualisierung: 16. Oktober 2015].

### Haftungsausschluss und Urheberrecht

Die Verantwortung für den Inhalt liegt ausschließlich beim Verfasser dieses Dokuments; eventuelle Meinungsäußerungen entsprechen nicht unbedingt dem offiziellen Standpunkt des Europäischen Parlaments. Nachdruck und Übersetzung der Veröffentlichung – außer zu kommerziellen Zwecken – mit Quellenangabe gestattet, sofern der Herausgeber vorab unterrichtet und ihm ein Exemplar übermittelt wird.

Redaktionsschluss: Oktober 2015, Luxemburg © Europäische Union

Fotonachweise: © Europäische Union, 1960, 1976, 1979 – EP

[EPRS-Archives-Library@ep.europa.eu](mailto:EPRS-Archives-Library@ep.europa.eu)

[www.eprs.ep.parl.union.eu](http://www.eprs.ep.parl.union.eu) (intranet)

[www.europarl.europa.eu/thinktank](http://www.europarl.europa.eu/thinktank) (internet)

[www.epthinktank.eu](http://www.epthinktank.eu) (blog)